

-MD.

Bern, den 12. März 1948.

Persönlich und vertraulich.

Herr Minister und lieber Kollege,

Ihr Schreiben vom 4. März (ad No. I-A-2 (o.) betreffend neue Richtlinien für Ihre Beziehungen zu den rumänischen Regierungskreisen hat mich lebhaft interessiert.

Sie können sich vorstellen, dass auch wir in der Zentrale, insbesondere durch die letzten Ereignisse hinter dem Eisernen Vorhang, lebhaft betroffen worden sind. Seit einiger Zeit befassen wir uns intensiv mit der Frage der schweizerischen Neutralitätspolitik und ihrer allfälligen Nuancierung. Letzten Montag fand nun eine grundsätzliche Aussprache statt im Gesamtbundesrat über einen diesbezüglichen Vortrag unseres Departementschefs. Der Gesamtbundesrat ist dem Nuancierungsversuch nicht gefolgt und hält an der hergebrachten traditionellen Neutralitätspolitik fest. Das Politische Departement hat also gebundene Hände und ist nicht ganz frei in seinen Entschlüssen.

Wenn auch inskünftig unser Verhalten gegenüber den Oststaaten alle Anzeichen der Neutralität aufweisen sollte, so bin ich doch der Auffassung, dass wir in der praktischen Durchführung in dieser Politik nicht in einen offenen Widerspruch zu der Haltung des schweizerischen Volkes geraten sollten. Was mich anbetrifft, werde ich die Einzelfälle, die mir zum Entscheid vorgelegt werden, nunmehr ausschliesslich vom Standpunkte des schweizerischen Interesses prüfen, und dieses schweizerische Interesse wird nicht immer vereinbar sein mit der strikten Neutralitätspolitik.

Was unsere Postenchefs im Ausland anbetrifft, so

Herrn Peter A. von Salis,
Schweizerischer Gesandter in Rumänien,

B u k a r e s t .

glaube ich die Richtlinie des Bundesrates so auslegen zu müssen, dass wir nach wie vor die Fiktion der freundschaftlichen und korrekten Beziehungen aufrechterhalten. Deméntsprechend sind Demonstrationen zu vermeiden. Dagegen glaube ich es verantworten zu können, dass in allen Fällen, in welchen die Schweizerische Gesandtschaft genau so behandelt wird wie die übrigen Westmächte auch unser Gesandter seine Haltung im Einzelfalle derjenigen der Westmächte anpassen könnte.

Ich hoffe, dass dieses für Sie und für mich unbefriedigende Stadium nicht zu lange dauern werde. Ich stelle mir nicht vor, dass der Bundesrat auf die Dauer die Fiktion einer Staatspolitik unabhängig von der öffentlichen Meinung der Schweiz und einer solchen beim Empfangsstaate unabhängig von der Politik der Kommunistischen Partei aufrechterhalten kann, ohne in einen inneren Widerspruch verwickelt zu werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister und lieber Kollege, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

sig. Zehnder

Herr Peter A. von Kälin,
Schweizerischer Gesandter in Genéve.

B u r k e r t